

Inhalt

Landgewinnung

Einleitung 7

Entgrenzungen

Rechte Jugendbünde, Identitäre und
Alternative für Deutschland 24

Kampf von der Bühne

Kulturelle Landnahme im vorpolitischen Raum 45

Von der Wiege bis zur Bahre

Völkische Lebenswelten 64

Auf grünen Wegen zur Volksgemeinschaft

Das Magazin »Umwelt & Aktiv« als Brücke in
die ökologische Bewegung hinein 88

Grünes Auschwitz

Die Verstrickungen der Naturschutzbewegung
mit dem Nationalsozialismus 113

Wehrdörfer und »national befreite Zonen«

Immobilienstrukturen der völkischen Netzwerke 126

Stadt, Land, Rechts

Konzepte und Projekte der völkischen Landnahme 149

Anhang

Literatur- und Quellenverzeichnis	185
Bundes- und landesweite Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus	191
Dank	193
Register der Institutionen, Organisationen und Parteien	197
Personenregister	202
Angaben zu Autorin und Autor	208

Landgewinnung

Einleitung

Sie kaufen Gutshöfe, siedeln sich mit Familien und Gleichgesinnten in entlegenen Regionen an. Sie bewirtschaften Bauernhöfe, pflegen Land und Vieh, ökologisch und artgerecht, bringen sich in Vereinsleben, Eltern- und Umweltinitiativen ein, bemühen sich um Gemeinwohl, Kultur, Naturschutz. Sie pachten Jagdgründe, hegen den Wildbestand und pflegen den Wald. Der Aktionsrahmen extrem rechter Akteure mit unterschiedlichstem politischem Hintergrund ist vielfältig, doch die Handlungsmuster ähneln sich. In ländlichen Regionen suchen die Neuen eine persönliche Akzeptanz, die zu einer politischen Zustimmung führen soll. Sie ziehen in Gebiete, wo viele Menschen abwandern. Dort hoffen sie, sich ohne starken Widerstand festsetzen zu können und die politische Atmosphäre zu ändern.

Diese Strategie, durch Landnahme im vorpolitischen Raum eine kulturelle Hegemonie zu gewinnen, hat eine weitere politische Intention: Sie wollen mit ihren Familien auch ihre völkisch-nationalistische Weltanschauung praktisch leben, ihre Kinder in der Natur und in ihrem Geiste erziehen, Brauch- und Volkstum wiedererwecken und oft Naturreligiosität ausleben. Sie machen nicht auf Ökologisch, weil »öko« gerade im Trend ist, sie wenden sich nicht der ländlichen Region zu, weil Landleben wieder attraktiv erscheint, sie bauen nicht ökologisch an, weil der Markt boomt, sie streben auch nicht nach einer alternativen Lebensform, weil zurückhaltender Konsum als chic gilt. Sie werden nicht »grün«, weil »grün die neue Normalität« sei, wie Robert Habeck von Bündnis 90/Die Grünen meint. Für die Völkischen, die Verfechter einer elitären deutschen Gesinnungsgemeinschaft, spiegelt die angestrebte Lebensweise auf dem Lande die eigene

Weltanschauung wider. Das Private ist politisch, und das Politische ist privat. Sie sind nicht einfach radikale Nationalisten, sondern beharren auf jahrhundertealter, vermeintlich deutscher heldenhafter Geschichte, die wieder Gegenwart werden soll. Begangene Verbrechen werden ausgeblendet. Die Dimension ihres Vorgehens wird bislang unterschätzt. Vor Ort erscheinen den Nachbarn die völkisch Denkenden und Handelnden oft nur als »Alternative« mit vermeintlich humanistischen Motiven.

»Wir dachten, das sind Ökos, also Linke«, berichten Anwohner über neue Nachbarn. »Die sehen doch auch so aus, in ihren selbstgemachten Klamotten«, wird nachgesetzt. In der Natur zelebrierte Brauchtumsfeiern älterer Siedlergemeinschaften werden als schöne Abwechslung wahrgenommen und gern besucht. Hauptsache, die Zugezogenen zeigen sich heimatverbunden und bodenständig, nicht abgehoben und städtisch. Ehrenamtliches Engagement wird ohnehin – ganz unpolitisch – begrüßt. »Die machen hier wenigstens noch was«, sagen Dörfler ähnlich gleichlautend in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Gemeinderäte und -verwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zeigten sich anfänglich erfreut, als »junge Familien« alte Höfe, verfallene Gemäuer oder ein geschichtsträchtiges Rittergut erwarben. Bereits die Tatsache, dass junge Menschen mit Familie überhaupt in überalterte Gemeinden ziehen, bringt ihnen Sympathie entgegen. Erst viel später offenbaren sich den Kommunen die Folgen. Die Erleichterung über den Verkauf schwer absetzbarer Immobilien weicht vielerorts der Erkenntnis, dass aus Höfen und Gemäuern »nationale Ansiedlungen« oder neu-rechte Bildungseinrichtungen wurden.

Vor rund 20 Jahren zogen zahlreiche Mitglieder und Anhänger der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) nach Mecklenburg-Vorpommern, bauten Strukturen und Akzeptanz für die »nationale Bewegung« auf. Wenige Jahre später waren sie für zwei Wahlperioden im Landtag vertreten. Heute ist

die *Alternative für Deutschland* (AfD) im Schweriner Schloss präsent, mit 20,8 Prozent gelang 2016 der Einzug als zweitstärkste Partei ins Parlament. Diese Stimmen kommen nicht nur aus dem rechten Milieu. Die Wahlkreisanalysen zur nachfolgenden Bundestagswahl 2017 offenbarten, dass die AfD in West und Ost von einer lokalen politischen Kultur profitiert, in der sich Rechtsextremismus und Demokratieverdrossenheit normalisiert haben. Die Studie »Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology« von Davide Cantoni, Felix Hagemeyer und Mark Westcott belegte 2019 sogar noch einen viel weiter zurückreichenden Zusammenhang. Die Wissenschaftler verglichen das Wahlergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den rund 11 000 Gemeinden in Deutschland mit den Wahlerfolgen der NSDAP in den 1930er Jahren. Das Ergebnis kurz und knapp von Historiker Davide Cantoni von der Ludwig-Maximilians-Universität skizziert: »Man sieht, dass es eine starke Korrelation gibt zwischen den Orten, in denen in den Dreißigerjahren vermehrt NSDAP gewählt wurde, und Orten, in denen heutzutage stärker die AfD gewählt wurde.« Dort, wo die NSDAP vor 80 Jahren erfolgreich war, ist es heute die AfD. Die Studie erklärt nicht alle Ursachen für den Wahlerfolg der AfD, möchte das auch nicht, sie bestätigt aber die Weitergabe (Persistenz) einer »kulturellen Tradition von rechtsgerichtetem, rechtspopulistischem Denken« über viele Generationen. Seit Jahren sei wissenschaftlich dargelegt, so Cantoni, dass eine Beziehung zwischen den Einstellungen von Eltern und Kindern besteht. Ein Bruch wäre eher untypisch. Der 68er-Konflikt zwischen Eltern und Kindern war eine Ausnahme einer Nachkriegsgesellschaft, die verdrängte. Diese Kontinuitäten würde sich »häufiger und stärker in kleineren Ortschaften im ländlichen Raum« finden.

Völkische Landnehmer bewegt – heute wie einst – ein bestimmtes Volks-Verständnis. Der »wesentliche Bestandteil des völkischen Nationalismus« ist »ein Verständnis von Nation auf der

Basis ethnischer Homogenität«, erklärt Helmut Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Diese homogene »Volksgemeinschaft« erhalte eine Vormachtstellung gegenüber Individuen, so der Rechtsextremismusexperte, »hinzu kommt ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und Führerkult, die Heroisierung opferbereiter Volksgenossen, Freund-Feind-Denken und ein biopolitisches Verständnis des ›Volkskörpers‹.« Völkischer Nationalismus – ob von AfD oder NPD vertreten – sei im Kern populistisch, wenn, statt komplexe Sachverhalte zu erklären, vermeintlich klare Feindbilder geliefert werden – von »die da oben« bis zu »den Fremden«, »den Altparteien«, »den Medien« oder »den Gutmenschen«. Von »Rassen« bemühen sie sich im öffentlichen Diskurs nicht mehr zu reden. Sie sprechen jetzt von Ethnien. Diesen sogenannten Ethnopluralismus, den vor Jahren die Neue Rechte entwarf, hat längst das gesamte Milieu rechts von der Union verinnerlicht. Die Grundidee besteht darin, dass jede Ethnie ihren angestammten Lebensraum hätte, mit einer besonderen Ausprägung von Identität und Kultur, Tradition und Werten, die zu bewahren und zu beschützen seien. »Heimat tut gut« titelte im Juni 2018 die weit rechte Zeitschrift »Compact – Magazin für Souveränität«. In dem 66-seitigen Monatsmagazin definiert Rüdiger Lenhoff die Heimat über »drei Dimensionen«: Sie sei ein »Ort, an dem man sich in vertrauter Umgebung mit traumwandlerischer Sicherheit« bewegen könnte, sie sei »ein Gefühl, das Wärme, Halt und Kraft« gebe, und sie stünde »für eine menschliche Gemeinschaft, in der man unter seinesgleichen ist und sich nicht erklären« müsste. Diese Deutung von »Ort, Gefühl und Gemeinschaft« könnte auch »auf die drei Begriffe von Natur, Geschichte und Volk« gebracht werden, schreibt Lenhoff, Historiker und »Alter Herr« einer Burschenschaft. Im Artikel des Magazins, welches Jürgen Elsässer verantwortet, bleibt der Begriff von »seinesgleichen« bewusst vage formuliert.

Der neu-rechte Publizist und Verleger Götz Kubitschek wurde

da schon deutlicher. Kubitschek, ein enger politischer Mitstreiter von Elsässer, legte bereits im November 2015 in »Compact« dar, dass die »politisch-mediale Klasse« einen »Volksaustausch« bejahen würde, indem sie nach dem Muster handeln würde: »Unser Volk wird alt, unser Volk hat keine Kinder mehr: Wir müssen dringend frisches Blut zuführen.« Kubitschek wirft dieser »Klasse« vor, ihr wäre es »vollkommen egal«, »welches Blut« dabei ins Land käme. Diese Vorhaltung fällt auf ihn zurück, denn sie offenbart die unheilvolle biologistische Weltsicht – ein Rückfall in die uralte völkisch-nationalistische Rhetorik.

Völkische Siedler und das dazugehörige Milieu der antimodernen Aussteiger planen nicht von Wahlperiode zu Wahlperiode, sondern denken in viel größeren Zeiträumen. Es geht ihnen um eine nachhaltige politische Wende, um das »Ende der Party«, wie es ein führender Kader der *Identitären Bewegung* in einem Image-Video mit den Worten von Götz Kubitschek formuliert.

Trotz aller Unterschiede eint sie alle der Glaube, dem deutschen Volk stehe eine »Überfremdung« durch Zuwanderung und Islamisierung bevor, die es in seiner ganzen Existenz bedrohe. Sie verbreiten das Angst- und Horrorszenarium einer kulturellen Machtübernahme gegen das »Deutsche«, wodurch die vermeintlich biologische Substanz des Volkes nachhaltig zerstört werde. Ihre Schlagworte dazu lauten: »Umvolkung« und »Der große Austausch«. Ausgeblendet wird dabei die Tatsache, dass die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland ist und es niemals nur die eine homogene deutsche Kultur gab.

In dem Buch »Revolte gegen den Großen Austausch« hat der französische Schriftsteller Renaud Camus die vermeintlich massenhaften Einwanderung nach Europa als »großen Austausch« bezeichnet und einen Kampfbegriff kreiert, den die digitalen Mediennetzwerke der Szenen weiter popularisierten und der bei den Nutzern sofort Assoziationen von persönlicher Bedrohung weckt. Die Verbreitung in Deutschland hatte insbesondere

Götz Kubitschek beschleunigt. Sein Antaios Verlag publizierte den Essay des französischen Neu-Rechten-Vordenkers in deutscher Übersetzung. In der Rhetorik des gesamten, weit rechten Parteienspektrums von der AfD bis zur NPD ist der Terminus längst durchgesetzt. Diese Verschwörungstheorie, die davon ausgeht, dass die Eliten in Wirtschaft, Politik und Medien diese »Umvolkung« betreiben würden, vertritt überdeutlich Björn Höcke. Der Landtagsfraktions- und Landesvorsitzende der AfD in Thüringen hat mit dem völkisch-nationalistischen »Flügel« eine enorme Hausmacht in der Partei, die zudem über die Parteigrenzen hinweg verankert ist. Innerhalb der Partei soll nach einer konservativen Einschätzung ein Drittel der Mitglieder dem »Flügel« nahestehen – etwa 11 000 Personen. Zu den Unterstützern von »Der Flügel« gehören zahlreiche einflussreiche Politiker der AfD. Die Bundespitzen, Alexander Gauland und Jörg Meuthen, stellen bis zum Juni 2019 keine Widersacher dar.

Die Sorge um »Austausch« und »Umvolkung« ist eng mit der Verlustangst von »Heimat« und »Identität« verwoben. In dem Gesprächsband »Nie zweimal in denselben Fluss« führt Björn Höcke gegenüber dem Kunstkritiker und Publizisten Sebastian Hennig 2018 aus, dass Heimat durch Sagen und Mythen, Bauwerke und Siedlungsformen, Herkunft und Abstammung eine »identitätsstiftende Funktion« habe. Gegenwärtig würde aber »unser Volk seine Seele und Heimat« verlieren. Der »nationale Selbsthaß« und die »Leugnung des Eigenen« hätten sich zu einem »Selbstausslöschungswahn gesteigert«. Höcke meint zudem, die »internationalen Finanzhaie«, der »moderne Kasino-Kapitalismus« und das »polit-mediale Establishment« forcierten eine »global-kapitalistische Verwüstung« mit dem »neoliberalen Migrationsdogma«, um u. a. das deutsche Volk zugunsten einer »ökonomisch brauchbaren Species abzuschaffen«.

Björn Höckes Äußerungen – oft unbewiesene Behauptungen – sollten als fundamentale Gesellschaftskritik von rechts verstanden werden. Der ehemalige Geschichtslehrer an einem nordhes-



Björn Höcke und Andreas Kalbitz (r.) bei einer AfD-Kundgebung in Neubrandenburg 2016

sischen Gymnasium sehnt sich nach einer wahren historischen Größe Deutschlands, denn aus seiner Sicht werde das »geschichtlich Gewachsene« dekonstruiert. »Wir erleben die finale Auflösung aller Dinge: von den Identitäten der Geschlechter und Ethnien, den Familien, den religiösen Bindungen über kulturelle Traditionen«, referiert Höcke.

Mit dem Gesprächsband möchte der rechte Verlag Manuscriptum angeblich »Missverständnisse« korrigieren, indem Höcke »selbst ausführlich zu Wort« kommen soll, heißt es im Klappentext. Der Verlag ist Teil der Manuscriptum Verlagsbuchhandlung von Thomas Hoof e. K. 1988 hatte der gelernte Buchhändler und ehemalige Geschäftsführer der Grünen in Nordrhein-Westfalen den Verlag unter dem Dach des Versandhauses Manufactum gegründet. In der »Zeit« wurde Hoof als Vorreiter einer »ökologisch nachhaltigen Konsumkultur« bezeichnet. Zehn Jahre nach der Gründung verkaufte Hoof den Versandhandel, behielt jedoch den Verlag.

In dem fast 300 Seiten starken Buch hinterfragt Sebastian Hennig kaum eine Aussage von Björn Höcke, jede Frage erscheint bloß als ein Entree für die nächste Positionierung. Der vermeintliche Fragesteller gehört selbst diesem Milieu zwischen *Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes)* und dem *Institut für Staatspolitik (IfS)* an, schreibt für die »Junge Freiheit«. Höcke führt unwidersprochen aus, dass die »politische Führung« neben dem verstärkten Schutz der nationalen und europäischen Außengrenzen auch ein großangelegtes Remigrationsprojekt betreiben sollte. »Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ›wohltemperierten Grausamkeit« herumkommen. Diese Eindeutigkeit spitzt sich noch zu: »Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen«, ist Höcke sich sicher, dass »am Ende noch genug Angehörige unseres Volkes vorhanden sein werden, mit denen wir ein neues Kapitel unserer Geschichte aufschlagen können«. Die Sätze sind Kernthesen völkisch-nationalistischer Ideologie. Nicht bloß, dass alle Menschen, die nicht als Deutsche von ihm klassifiziert werden, das Land verlassen sollen, auch jene Menschen, die Einwanderer begrüßen, sind unerwünscht.

Die wahre »Volksgemeinschaft« glaubt Björn Höcke auf dem Land zu finden. Leidlich humoristisch wählt er den Vergleich zu den »tapfer-fröhlichen« Galliern, die sich in einem Comic gegen die römische Übermacht in ihren Dörfern zur Wehr setzten. »Wenn alle Stricke reißen«, würde man sich in ländliche Refugien zurückziehen, und »die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren«, könnten »sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen«. Eines Tages, so Höcke, werde dann von diesen gallischen Dörfern »eine Rückeroberung« ihren Ausgang nehmen.

Das Dorf, der ländliche Raum, erscheint bei dem AfD-Politiker, der politisch und freundschaftlich mit Kubitschek verbunden

ist, als autochthones Bollwerk und kultureller Schutzraum. In dem Milieu des neu-rechten *Instituts für Staatspolitik* in Schnellroda werden nicht bloß gedanklich Siedlungen als Widerstandsorte gegen Ent- und Überfremdung durch die moderne kapitalistische Markt- und Warengesellschaft anvisiert. Einzelne Projekte will der dem IfS nahestehende Verein *Ein Prozent für unser Land* um Philip Stein auch finanziell unterstützen. Die politische Idee der Landnahme durch Landbezug ist keine neue Vision.

Bereits 2007 hatte Götz Kubitschek, Mitbegründer des IfS, in einem Essay unter dem Titel »Leere Räume – Junge Männer« in der Zeitschrift »Sezession« dargelegt, wie rechte Pionierarbeit aussehen könnte. Am Beispiel seines eigenen Wohnortes, dem Dorf Schnellroda in Sachsen-Anhalt mit 205 Einwohnern, einem Landgasthof, Fußballplatz und Feuerwehr, erläuterte er die Verödung der Region, in der es eine sichtbare Zusammenrottung junger aggressiver rechter Männer gibt. Die herumhängenden Mitglieder NPD-naher Kameradschaften, »in ihrer Ausprägung so schillernd wie die Freikorps der ersten Weimarer Zeit«, will er aktivieren. Ihr Lehrplan müsste aus »Heimatbewußtsein, Lebensperspektive und Vertrauensbildung« bestehen. Kubitschek schlägt vor, die Schlag- und Tatkraft der Rechtsextremen in den kollektiven Wiederaufbau ostdeutscher Lande umzulenken. Leere Gehöfte und örtliche Kameradschaften seien vorrätig, es fehle nur derjenige, der es mit »Kraft, Ideen, Verantwortungsbewußtsein, Wagemut und Vorstellungsvermögen« aufgreift.

In nahezu allen Bundesländern bestehen Ansiedlungen von Rechten, die gemeinsam ihre Kinder erziehen, sich vor Ort ökonomisch, sozial und politisch vernetzen. Vor vierzehn Jahren, 2005, hatte die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« schon über den Zuzug einiger Artamanen in die Umgebung von Teterow und Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern berichtet. Die Siedler sind heute vor Ort angekommen. Sie sehen aus wie alternative Aussteiger, sind in regionalen Bio- und Ökoprodukt-

netzwerken aktiv, üben alte und oft seltene Handwerke aus. Die Siedlungsidee der Artamanen reicht über die Weimarer Republik bis hin zum Wilhelminischen Kaiserreich.

»Was soll nun aus uns werden?«, fragte der völkische Naturwissenschaftler Willibald Hentschel 1923 die deutsche Jugend, er empfahl landwirtschaftliche Arbeit in *Artams*-Gruppen und löste deren Gründung aus. Mit dem »Zurück zur Scholle« wollten die Gruppen der damaligen Landflucht in Ostdeutschland entgegenwirken, die die Industrialisierung mit ausgelöst hatte. Damit sollte zugleich auch einer befürchteten Besiedlung durch »die Polen« entgegengewirkt werden.

Hentschel gehörte 1890 dem Vorstand der antisemitischen *Deutschsozialen Partei* an. Er hoffte, eine »neue völkische Oberschicht« bilden zu können, und verkündete rassenhygienische Menschenzuchtpläne. Die *Deutschsoziale Partei* zog bei der Reichstagswahl 1893 mit vier Mandaten in den Reichstag. Einem der Mandatsträger, Paul Förster, war es wie Hentschel ein Anliegen, vermeintlich schädliche Einflüsse der städtischen Zivilisation zurückzudrängen.

Die Bereiche Natur-, Heimat-, Tier- und Volksschutz denkt die völkische Bewegung schon seit dem 19. Jahrhundert eng zusammen. Ein Vierklang, der bis heute angeschlagen wird. Umwelt- und Naturschutz, Tierrechte und Veganismus waren schon früh mit antizivilisatorischen Effekten besetzt, bewegten sie gar. Diese heterogene Bewegung verstand sich als außerparlamentarische Kraft, was parteipolitische Bestrebungen jedoch nicht ausschloss. Sie war eine Gegen- und Suchbewegung zugleich, betonten Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht 1996 im »Handbuch zur ›Völkischen Bewegung‹ 1871 – 1918«. Sie lehnte die moderne Gesellschaft geprägt von Liberalismus und Humanismus ab, wehrte sich gegen industriellen Fortschritt und fortschreitende Urbanisierung. Gesucht wurde die natürliche Gemeinschaft, die durch »jahrhundertelange Überfremdungsprozesse« verschüttet gewesen sein sollte, um wieder die »ursprünglichen Wesens-

und Charaktermerkmale des Deutschen« zu erwecken. Sätze und Ideen, die heute weiter diese Kreise bewegen. Schon vor fast 150 Jahren wollten diese Aktivisten und Publizisten auch bestimmen, wer zum deutschen Volk dazugehören würde und dürfte. Als Feinde der »Volksgemeinschaft« waren jüdische Gläubige und beeinträchtigt Lebende schnell ausgemacht. Eine Gefahr ging für diese Bewegung zudem von allem Weiblichen und Homosexuellen aus. Heute beklagen die alten »Sippen«, jungen Siedler und rechten Ökos wieder eine »Verschwulung der Gesellschaft« oder die »Verweichlichung des Mannes«. Für sie waren und sind es angebliche Dekadenzerscheinungen eines unnatürlichen Zusammenlebens in der modernen Markt- und Warenwelt.

Die völkische Bewegung mit ihren Parteien und Kulturvereinen, Erziehungs- und Glaubensprojekten, Siedlungs- und Brauchtumsgruppen sowie ihrer Natur- und Tierschutzinitiative trieb ein antimodernes Projekt um. Als Antwort auf die Industrialisierung und Urbanisierung mit ihren radikalen Umwälzungen alles Altgegebenen hin zu unbekanntem Neuen erfolgte eine massive Rückwärtswende. Der modernen Entwurzelung des Einzelnen sollte damals schon eine Verwurzelung in der natürlich gewachsenen Gemeinschaft entgegengestellt werden. Anfang des 21. Jahrhunderts scheint die neue industrielle Revolution, die sich immer schneller anbahnende Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt, erneut eine Sehnsucht nach überschaubaren Gemeinschaften aufkommen zu lassen.

»Wir sind das Volk« ist nicht bloß eine politische Selbstermächtigung, sondern längst auch eine definatorische Selbstanmaßung und ein vermeintlicher Selbstschutz. Die Globalisierung dürfte einen Rückzug in kleinere Einheiten – vermeintlich sicher und verbindlich – mit ausgelöst haben. Die gegenwärtige Umwälzung unterscheidet sich allerdings gravierend von der früheren industriellen Revolution: Das Tempo ist beschleunigter, die Dimensionen sind weitreichender. Diese rasante Modernisierung –

kaum gebremst durch politische Steuerung – befeuert autoritäre Versuchungen. Die Nationalisten versprechen indes Sicherheit und Ordnung, Lebens- und Zukunftsplanung. Im »ökonomischen System des globalisierten Kapitalismus«, warnt Wilhelm Heitmeyer, würde das »Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und politischer Demokratieentleerung« Angriffe auf eine liberale Demokratie verstärken. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, so der Soziologe in der Studie »Autoritäre Versuchungen« 2018, führe in den sozialen Bereichen zu Desintegrationsängsten, die ein persönliches Bedürfnis nach einem »kulturell-politischen Identitätsanker« hervorbrächten. Die Suche nach Identität und den Bezug zur Heimat hat längst die Mitte der Gesellschaft erfasst. Im Diskurs gewannen die Abwehrmechanismen dieser »rohen Bürgerlichkeit« mehr und mehr an Relevanz. Und Wilhelm Heitmeyer weist auf Ralf Dahrendorf hin. Schon 1997 überlegte der deutsch-britische Politiker und Wissenschaftler, inwieweit mit der Globalisierung ein »Jahrhundert des Autoritarismus« für das 21. Jahrhundert keine »unwahrscheinliche Prognose« sei. Diese Entwicklung sah er für möglich an, wenn das Gleichgewicht zwischen ökonomischer Globalisierung, sozialem Zusammenhalt und demokratischen Strukturen nicht gegeben ist. Seine Sorge, geäußert in der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 14. November 1997, kurz zusammengefasst: »Globalisierung bedeutet, dass Konkurrenz groß-, Solidarität kleingeschrieben wird.«

2010 warnte Wilhelm Heitmeyer vor einer längst existierenden »verdeckten Bewegung, die sich nicht auf der Straße zeigt, aber in den Mentalitäten aufgeschaukelt« würde. Dieser Bewegung fehlten noch die charismatischen Gestalten, die dieses Potenzial massenhaft aufgreifen könnten, da »der Lodenmantel« nichts mit der NPD zu tun haben wolle, gemeint war die bürgerliche Mehrheit. Im Februar 2013 wurde die AfD von einer Führungsgruppe um Bernd Lucke und Alexander Gauland gegründet, im Oktober 2014 marschierte erstmals *Pegida* auf, getragen von einem »Orga-

Team« um Lutz Bachmann. Zeitgleich mobilisierten militante rechte Hooligans, spielten sich als alternative Schutzmacht auf. Die Bewegung von rechts ist da – sichtbar und wählbar – und inzwischen auch parlamentarisch vertreten.

Die fortschreitende soziale Spaltung bestärkt nicht allein die persönlichen Hinwendungen zu autoritären Versuchungen. Das Schwinden geopolitischer Strukturen, die militärischen Konflikte, die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen auslösen, forcieren sie ebenso. Dass diese Fluchtbewegung nach Europa auch den immer öfter aufkommenden Klimakatastrophen geschuldet ist, wird ignoriert. Die Erwärmung des Klimas durch Industrie, Treibgase und Autos streiten Protagonisten aus diesem Milieu zum Teil ab, per sozialen Medien beteuern sie, es handele sich um einen »übertriebenen Umweltwahn«. In der AfD wird behauptet: »Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens«, und in der »Jungen Freiheit« wird gefragt, woher die Gewissheit käme, dass die stattfindende Klimaerwärmung eine »menschengemachte« sei.

In diesem Milieu werden die jüngsten Schülerproteste jeweils am Freitag an vielen Orten weltweit gegen die Gefahren des Klimawandels, ausgelöst durch die junge schwedische Aktivistin Greta Thunberg, als »irrationale postpubertäre Kollektivwahn« ausgemacht. Die Heimat wollen die Rechten schützen – den Planeten nicht. Ein weiterer Widerspruch wie so viele in dieser Szene, in der auch die Ignoranz von Fakten Kalkül hat.

Die eigenen Mahner aus den Anfängen der völkischen Bewegung, die sich früh zur ökologischen Entwicklung äußerten, werden außer Acht gelassen. Denn Technikkritik fand sich auch bereits bei den Vordenkern der heutigen extremen Rechten, bei den Protagonisten der »Konservativen Revolution« nach dem Ersten Weltkrieg. So warnten die Brüder Friedrich Georg und Ernst Jünger vor den Auswirkungen der Moderne auf Mensch und Natur. In »Perfektion der Technik« führt Fried-

rich Georg Jünger 1946 aus, dass nicht der Anfang, sondern das Ende die Last der Zerstörung von Mensch und Natur trage. Ernst Jüngers Antimodernismus, schreibt Oliver Jahraus im »Kursbuch« 3/2019, habe sich zur Technikkritik gewandelt, die auch Natur und Naturschutz mit einbeziehe. In »Der Waldgang« hatte der nationalistische Schriftsteller Jünger 1951 ein ökologisches Denken entworfen, als er den Wald und die Natur zu einem »geschichtsphilosophischen Faktum« werden ließ. Provokant wirft der Professor für Neuere Deutsche Literatur und Medien die Frage auf, inwieweit Ernst Jünger »eher ein Wegbereiter des Nationalsozialismus oder aber ein Vorläufer der ökologischen Bewegung« gewesen ist. »Hier kann man das eine nicht gegen das andere ausspielen«, mahnt Jahraus. Und deutet damit auch die bis heute bestehenden Ambivalenzen in der Öko- und Umweltbewegung an.

Die Vordenker der alten Sippen, jungen Siedler und rechten Ökos verstanden Natur-, Umwelt- und Tierschutz auch als Abwehr von Emanzipation, Humanismus und Egalität. Der Schutz des Volkes als vierte Schutzbestrebung führte und führt zum völkischen Nationalismus. Der Appell an Identität und Heimat bedarf keiner historischen Fakten, er bedarf vielmehr »verdichteten Gefühlen«, betont Heitmeyer – eine Emotionalität, der ein »aggressiver Kompensationsmechanismus« innewohne, da eine »Sicherheit in unserer ambivalenten Moderne« grundsätzlich nicht gegeben sei.

Diesen antimodernen Ton schlägt Höcke immer wieder an. »Wenn die Moderne zu einer Entwurzelung der Menschen geführt hat, so ist eine neue Bodenständigkeit zu fordern.« Und: »Wenn die Moderne die Heimatbindung gekappt hat, gilt es, die Heimat als Raum der Geborgenheit und Lebensentfaltung wiederzuentdecken.« Die »Entzauberte Welt« (Max Weber) durch Ratio und Aufklärung müsste durch eine »Wiederverzauberung der Welt« schnellstens beendet werden, so Höcke, der auch gleich eine militante Androhung ausspricht: »Wenn einmal die Wende-

zeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen«, erklärt der AfD-Politiker in dem genannten Gesprächsband. »Der Patriotismus des Deutschen«, schrieb Heinrich Heine 1833, »besteht darin, dass sein Herz enger wird, dass es sich zusammenzieht, wie Leder in der Kälte, dass er das Fremdländische hasst, dass er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will.«

Im vorliegenden Buch wird dieses »Enger-Werden« durch die völkischen Landnehmer an exemplarischen Entwicklungen und einzelnen Vorfällen in verschiedenen Regionen der Republik aufgezeigt. Der Hass und die Hetze tauchen in allen Kapiteln auf. Diese Landnahme findet sowohl im geografischen als auch im vorpolitischen Raum statt. »Umweltschutz ist nicht grün« ist ein Slogan aus dem rechten Spektrum. Doch wie »braun ist« dieser Schutz? Die Frage der Grenzen wird immer wieder aufgeworfen. Ebenso die Frage der Bedrohung.

Am Freitag, dem 15. März 2019, stürmte Brenton Tarrant in Christchurch in zwei Moscheen, schoss ohne zu zögern mit Schnellfeuerwaffen auf die Gläubigen, 50 Menschen starben, 50 Menschen wurden verletzt. Knapp 18360 Kilometer ist Neuseeland von Deutschland entfernt. Die Motive des Täters, der sich selbst als »Öko-Faschist« bezeichnet, liegen aber nicht so fern. Seine Angriffe hat er nicht bloß live im Internet übertragen. Im Netz veröffentlichte der 28 Jahre alte Australier auch ein »Manifest«. Nach einer Reise durch Westeuropa sei bei ihm 2017 die Idee eines Anschlages aufgekommen, schreibt er, da er von der »Invasion« der französischen Städte durch Zuwanderer schockiert gewesen sei. Der Titel seines gut 70 Seiten langen Pamphlets lautet »Der große Austausch«. Auch die *Identitäre Bewegung* benutzt diese Begrifflichkeit synonym für eine angeblich gesteuerte Masseneinwanderung nach Europa. Im April wurde bekannt, dass Tarrant wenige Monate zuvor eine 1500-Euro-Spende an das Gesicht dieser Szene, den Österreicher Martin Sellner, überwiesen

hatte. Bereits zuvor waren rechtsextreme *Identitäre* in Frankreich mit 2000 Euro bedacht worden.

Das rechte Milieu in der Bundesrepublik sucht die politische Distanz zu dem bekennenden Öko-Faschisten. Doch die vermeintliche Angst vor der »Überfremdung« hat auch hier zu brutalen Taten geführt. Für das Jahr 2017 registrierte das Bundeskriminalamt 19467 Straf- und Gewalttaten, allein 1054 persönliche Übergriffe und Angriffe. (Anfang 2019 liegen noch keine aktuellen Daten für 2018 vor.) Die Zahlen, hinter denen sich menschliche Schicksale verbergen, sind seit Jahren umstritten. Während die Bundesregierung von 83 getöteten Menschen durch rechte Täter seit 1990 ausgeht, nennen zivilgesellschaftliche Initiativen mindestens 169 Opfer.

In diesem völkischen Milieu ist eine Partei der besondere Feind: Bündnis 90/Die Grünen. Dass der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck vor einiger Zeit erklärte, dass er mit »Vaterlandsliebe« und Deutschtümelei nichts anzufangen wisse, vertiefte die Anfeindungen von rechts noch. Die Unterscheidung von Habeck zwischen Volk im Sinne von »völkisch« oder »Umvolkung« und andererseits »Staatsvolk«, welches die Gesamtheit der Staatsangehörigen umfasst, wird von vielen Rechten vehement abgelehnt. Deutscher könne deren Verständnis nach niemand allein durch den Erhalt eines deutschen Passes werden.

Mit ihrem Engagement für Einwanderer und Geflüchtete, heißt es von rechter Seite, hätten die Grünen sowohl Natur und Tiere als auch Volk und Heimat verraten. Das Eintreten für die Gleichberechtigung von Geflüchteten ebenso wie von Frauen, Trans- und Intersexuellen betrachten sie als eine Haltung »wider die Natur«. Dabei gehören vielfältige Lebensentwürfe und -orientierungen zu einer lebhaften, kreativen pluralistischen Gesellschaft – sind nicht widernatürlich, sondern menschlich.

Seit dem 19. Jahrhundert suchen nicht bloß Völkische und rechte Ökos nach einem Leben im Einklang mit Natur und Umwelt. Die Idee, sich auf dem Lande niederzulassen, um weitgehend autark und nachhaltig zu leben, sich womöglich technischen Entwicklungen zu verweigern, alte Tiergattungen zu züchten und artgerecht zu halten oder traditionelles Handwerk auszuüben und ökologischen Produkte anzubieten, trieb schon früh die traditionelle alternative Szene an. Die Kritik an einer stetigen Wachstumsgesellschaft ist längst nicht mehr nur in einem links-alternativen Milieu verhaftet. Sie geht alle an, ein Umdenken ist geboten.

Die Homogenisierungsbestrebungen der völkischen Landnehmer weisen jedoch keinen alternativen Impuls auf, sondern offenbaren eine reaktionäre Intention, die mit der Rettung der »Volksseele« weit über konservative Ideale hinausgeht.

Die angestrebte völkische Vereinnahmung lässt sich nicht mit Gesprächsangeboten an deren führende Protagonisten und Ideologen stoppen, denn diese wollen nicht über eine offene Gesellschaft reden, sondern diese komplett umwälzen und in Teilen gar durch eine straff hierarchische, völkische Gesinnungsgemeinschaft ersetzen, in der das Grundrecht auf Gleichheit aller Menschen nicht mehr gilt.

Ein kritischer Dialog auf breiter gesellschaftlicher Ebene ist dagegen dringend geboten. Er sollte in der eigenen Familie und dem Freundeskreis beginnen, in Umweltinitiativen, landwirtschaftlichen Kooperativen und Bio-Lebensmittelnetzwerken aufgegriffen sowie in veganen Kochgruppen, Tierschutzverbänden und alternativen Wohn- und Siedlungsprojekten weitergeführt werden.